

<https://www.agrarheute.com/politik/kommt-pflanzenschutz-steuer-harte-kritik-oezdemirs-verbotsplaenen-619588> 25.4.2024

Kommt die Pflanzenschutz-Steuer? Harte Kritik an Özdemirs  
Verbotsplänen

Mit dem Zukunftsprogramm Pflanzenschutz will die Ampel den Einsatz an Pflanzenschutzmitteln halbieren. Auch eine Pflanzenschutzsteuer erwägt sie.

Das Zukunftsprogramm [Pflanzenschutz](#) ist ein „Affront gegen die Bauern“. Dieser Meinung ist Bauernpräsident Joachim Rukwied. Seiner Ansicht nach führt das Programm zu einem Rückbau der Landwirtschaft in Deutschland.

Kürzlich hat das Bundeslandwirtschaftsministerium eine Diskussionsgrundlage für ein „Zukunftsprogramm Pflanzenschutz“ vorgelegt. Als Ziel ist darin formuliert: „In Anlehnung an die Farm-to-Fork Strategie der EU-Kommission bis 2030 die Verwendung und das Risiko von chemischen Pflanzenschutzmitteln um 50 Prozent zu verringern“.

Was der Bund beim Pflanzenschutz vorhat

Auf EU-Ebene wurde die entsprechende Verordnung (SUR) gekippt. Selbst Bundesagrarminister Cem Özdemir bezeichnete sie als „handwerklich“ schlecht gemacht. Nun will er national das Ziel alleine verfolgen. Dazu stehen im Entwurf des Zukunftsprogrammes drei Maßnahmen:

den Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln auf allen Flächen ambitioniert reduzieren,

Rückzugsräume für die Biodiversität in der Agrarlandschaft schaffen und Biodiversitätsschutz in Schutzgebieten wirksam ausgestalten. ....

Kritik an pauschalem Ansatz bei Pflanzenschutz

Eine pauschale Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln ist aus Sicht des Deutschen Bauernpräsidenten fachlich nicht gerechtfertigt und praktisch nicht umsetzbar. „So ein Programm gefährdet im schlimmsten Fall die Versorgungssicherheit Deutschlands“, warnt Rukwied. Dieses Programm würde zum Ende des Anbaus mancher

Kulturen führen und damit zur Verlagerung der Produktion ins Ausland und zu einer erhöhten Importabhängigkeit führen.

Weiterer Kritikpunkt Rukwieds: Der Vorschlag stehe im „eklatanten Widerspruch“ zu den Zusagen der Bundesregierung sowie der EU-Kommission, die Landwirte zu entlasten und zusätzliche Wettbewerbsnachteile zu vermeiden. Mit den Vorschlägen des BMEL würde der Strukturwandel weiter beschleunigt. „Das alles ist schlichtweg inakzeptabel“, so der Bauernpräsident. ....

<https://www.agrarheute.com/politik/gentechnik-eu-abgeordnete-stimmen-fuer-neue-zuechtungstechniken-619566> 24.4.2024

Gentechnik: EU-Abgeordnete stimmen für neue Züchtungstechniken  
Das EU-Parlament lehnt Patente auf neue Züchtungstechniken jedoch ab.  
Endgültige Beschlüsse sind auf EU-Ebene erst nach der Europawahl 2024 zu erwarten.

Die EU-Abgeordneten halten grundsätzlich an einer Novelle des europäischen [Gentechnik](#)rechts fest. Dafür stimmte am Mittwoch (24.4.) die Mehrheit. Grüne, die Linken sowie ein Großteil der Sozialisten haben jedoch dagegen votiert.

Mit der Novelle des Gentechnikrechts sollen [neue Züchtungstechniken wie Crispr/Cas](#) in der Pflanzenzüchtung erlaubt werden. Die Verhandlungen mit Rat und Kommission beginnen aber erst nach den [Europawahlen am 9. Juni](#), sofern sich bis dahin der Agrarrat auch auf ein

Verhandlungsmandat geeinigt hat. Das ist bisher noch nicht erfolgt

Was künftig für gentechnisch veränderte Pflanzen gelten soll

Das Parlament verlangt bei der Neuregelung, Saatgut, Pflanzen und Erzeugnissen, die mit den Verfahren der Neuen Gentechnik erzeugt worden sind, zu kennzeichnen. Auch soll das so hergestellte Pflanzenmaterial rückverfolgbar sein. Dazu soll entsprechendes Saatgut in einer Datenbank erfasst werden.

So soll jeder konventionelle Landwirt entscheiden können, ob er NGT-Saatgut nutzen will oder nicht. Der Einsatz dieser Pflanzen und des Saatguts ist im Ökolandbau jedoch verboten.

Bioverbände fordern besonderen Schutz für Ökolandbau

Für die Bioverbände reichen diese Auflagen nicht. Sie vermissen weiterhin konkrete Vorgaben, die ökologisch wirtschaftenden Betrieben und Unternehmen auch zukünftig eine Lebensmittelerzeugung ohne eine faktische Zwangsnutzung von Gentechnik ermöglichen. „Die vom Parlament unterstützte Kennzeichnungspflicht für NGT-Produkte reicht hierfür nicht aus“, meint Tina Andres, BÖLW-Vorstandsvorsitzende.

.....